



Kollegium des GRG 3
Kundmanngasse 20-22
1030 Wien

Parlament per Mail
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 18.09.2013

Betreff: Stellungnahme des Kollegiums des GRG 3 Kundmanngasse 20-22, 1030 Wien zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

In offener Frist übermittelt das Kollegium des GRG 3 Kundmanngasse seine EINSTIMMIG beschlossene Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Wir fordern die Rückkehr zu sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten, die sich in Österreich jahrzehntelang bewährt haben.

Der vorgelegte Entwurf ist aus mehreren Gründen für uns inakzeptabel:

- Alle LehrerInnen können unabhängig von ihrer fachspezifischen Ausbildung an jeder beliebigen Schulart in jedem beliebigen Ausmaß in jedem beliebigen Fach auch gegen ihren Willen eingesetzt werden. Diese „Reformmaßnahme“ ist SchülerInnen, Eltern und letztendlich der Gesellschaft gegenüber verantwortungslos.
- Die Abschaffung des Unterrichtspraktikums bedeutet für unsere künftigen KollegInnen, dass sie in der Induktionsphase, auf die sie keinen Rechtsanspruch haben, bereits voll unterrichten müssen. Die zusätzliche Hospitierverspflichtung, die obligatorische Teilnahme an den Fortbildungsveranstaltungen der Induktionsphase an den PHs und die Absolvierung eines Masterstudiums führen unweigerlich zu einer massiven Überlastung dieser KollegInnen. Darunter leidet zwangsläufig die Unterrichtsqualität.
- Unsere jungen KollegInnen, die vor dem Schuljahr 2019/2020 keinen unbefristeten Vertrag erhalten, werden in das neue Dienstrecht gezwungen.
- Durch die Übernahme mehrerer zusätzlicher Klassen werden LehrerInnen deutlich weniger Zeitressourcen für die einzelnen SchülerInnen haben als bisher. Das senkt die Betreuungsqualität für unsere SchülerInnen.
- Eine Erhöhung der Arbeitszeit um bis zu 40 % kostet allein im AHS- und BMHS-Bereich im Vollausbau 12.000 bis 14.000 Arbeitsplätze. Diese Einsparungsmaßnahme auf Kosten unserer jungen KollegInnen lehnen wir entschieden ab.
- Damit verbunden sind finanzielle Verluste im Lauf des Berufslebens von weit über einer halben Million Euro für jede/n Einzelne/n. Es handelt sich um ein massives Sparpaket, dem wir nicht zustimmen.
- Fast drei Viertel aller im Lehrberuf tätigen Personen sind Frauen, und der Frauenanteil steigt weiter. Diese Maßnahmen treffen in der Praxis daher in erster Linie Frauen.
- Die unterschiedlichen pädagogischen Herausforderungen in den verschiedenen Schularten werden im Entwurf zum neuen Dienstrecht ignoriert.

F.d.R.:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Mag. Helmut Jantschitsch'.

Mag. Helmut Jantschitsch
Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses